

„Die Hilfe für Griechenland ist richtig“

EURO: Die Gemeinschaftswährung steht wegen des maroden griechischen Haushalts auf brüchigem Fundament. Michael Heise, Chef-Volkswirt der Allianz Group, hält ihren Bestand aber nicht für gefährdet. Das 110 Mrd. € umfassende Hilfspaket von IWF und EU werde ruinösen Spekulationen Einhalt gebieten. Der deutsche Steuerzahler müsse dafür voraussichtlich nicht zur Kasse gebeten werden.

VDI NACHRICHTEN: Herr Prof. Heise, welche Gründe gibt es für den gegenwärtig schwächelnden Euro?

Man muss berücksichtigen, dass der Euro Ende 2009 und zu Beginn des laufenden Jahres mit Kursen jenseits von 1,50 \$ überbewertet war. Seither ist die Wirtschaft der Vereinigten Staaten wieder auf Expansionskurs eingeschwenkt und sie kommt wesentlich dynamischer aus der Talsohle, als dies hier bei uns in Europa geschieht. Das stärkt den Dollar gegenüber dem Euro.

Wie bewerten Sie die Entwicklung des Euro mittelfristig?

Kurzfristig dürfte der Dollar zum Euro noch relativ stark sein – auch wegen der Griechenland-Thematik. Ich rechne aber damit, dass sich das Bild im Jahresverlauf 2011 wieder ändern wird, wenn sich der Aufschwung in den USA verlangsamt und die ungelösten strukturellen Probleme Amerikas wieder in den Vordergrund treten. Europa dürfte dann aus seiner eher stockenden konjunkturellen Entwicklung herauskommen, was den Euro stärken wird. Ich sehe die Europäische Gemeinschaftswährung dann durchaus wieder in Richtung 1,40 \$, viel

leicht sogar 1,50 \$ marschieren – auch weil die Amerikaner nach wie vor gegen ihr hohes Außenhandelsdefizit zu kämpfen haben. Und dazu können sie alles gebrauchen – nur keinen starken Dollar.

Der Euro wurde in der Vergangenheit oft als Erfolgsstory beschrieben. Sie sehen – trotz Griechenland – jetzt keinen Bruch in der Bewertung? Viele fürchten auch um die Währungsstabilität, weil sie dem Frieden an der Preisfront nicht trauen.

Mit hohen Staatsschulden haben derzeit viele Länder zu kämpfen. Für den Euro spricht, dass es derzeit keine inflationären Tendenzen in Europa gibt. Wir verspüren einen ziemlichen Druck auf die Preise durch hohen Wettbewerb, unausgelastete Kapazitäten aber auch durch moderate Lohn- und Gehaltserhöhungen. Langfristig hängt die Preisstabilität aber vom Verhalten der Zentralbank ab. Und da bin ich ziemlich sicher, dass die EZB der Inflation keine Chance geben wird. Sie weiß, dass Inflation keine Lösung ist – auch nicht, um der hohen Staatsschulden Herr zu werden. Um Schulden abtragen zu können, bedarf es vor allem Wachstum.

Neben Griechenland haben auch andere Euro-Länder jahrelang fröhlich über ihre Verhältnisse gelebt. Ist es eine Schwäche im Maastricht-Regelwerk ist, dass die Strafen für Vertragsverletzungen von den Eurostaaten selbst beschlossen werden?

Genau das ist ein Webfehler im Maastricht-Vertrag, der überdacht werden muss. Aber es gibt noch weitere Schwachpunkte im Vertragswerk. Ich denke u.a. an das Verfahren für Sanktionen, das politisch zu aufwendig ist und sehr viel Zeit kostet.

„Der Maastricht-Vertrag gehört überarbeitet und Verletzer müssen schneller bestraft werden“

Wie müssten Korrekturen aussehen?

Wir benötigen eine Instanz, die einflussreicher und politisch unabhängiger ist als der Ecofin-Rat, in dem die Finanzminister der Euro-Staaten sitzen und der über diese Fragen entscheidet. Ich könnte mir einen Finanzkommissar vorstellen, der in der EU-Politik hoch angesiedelt ist und an den EU-Rat direkt berichtet. Er muss mit allen Informationsrechten ausgestattet werden und die Pläne der Länder überwachen. Bei Zielabweichungen sollte er das Recht haben, Korrekturen einzufordern und bei deren Nichtbeachtung Sanktionen zu verhängen. Das ist eine Institution, die wir auch

benötigen, damit aus der derzeitigen Krise langfristig keine Eurokrise wird.

Muss der Pakt grundlegend reformiert werden?

Er sollte inhaltlich komplett überarbeitet werden. So ist z.B. die Neuverschuldungsgrenze von 3 % obsolet. Wir müssen versuchen – wie in Deutschland – mit einer Schuldenbremse auf 0 % zu kommen. Die Länder sollten aufgefordert werden, hinsichtlich ihrer Defizite nicht nur Dreijahrespläne vorzulegen, sondern längerfristige Konsolidierungspläne, die beinhalten, wie die Defizite gänzlich getilgt und welche Ausgabenpfade eingeschlagen werden sollen.

Missachtet wurde zuletzt auch die sogenannte Bail-out-Klausel des Maastricht-Vertrags. Sie verbietet, dass einem Land, das in finanzielle Schwierigkeiten gerät, von anderen Euroländern geholfen werden darf. Ist mit dem Präzedenzfall Griechenland die Büchse der Pandora nun geöffnet?

Die Märkte könnten jetzt durchaus darauf spekulieren, dass auch anderen Ländern innerhalb der EU geholfen werden muss. Es entstünde ein gewaltiges Risiko für den Euro. Das ist keine Panikmache, sondern eine sehr begründete Annahme, die jeder, der nahe an den Finanzmärkten operiert, nachvollziehen kann. Es war also richtig, dass die Politik mit entschiedener Hilfe den Euro stabilisieren will.

Deutschland wird sich insgesamt mit ca. 23 Mrd. € am Griechenland-Paket betei-

ligen. Wann wird der deutsche Steuerzahler zur Kasse gebeten?

Für den deutschen Steuerzahler kommt es nur dann zu einer Belastung, wenn Griechenland nicht in vollem Umfang seine Schulden tilgen kann. Sollte nur teilweise getilgt und ein Forderungsverzicht vereinbart werden, dann wird der Steuerzahler belastet. Wird hingegen vollständig zurückgezahlt, hat der deutsche Staat sogar ein Geschäft gemacht, weil seine Refinanzierung günstiger ist, als der Zins, den Griechenland an ihn zu zahlen hat. Ich glaube, eine 100%ige Rückzahlung ist durchaus erreichbar.

Wären Sie überrascht, wenn zusätzliche Hilfspakete nötig werden?

Ich hoffe sehr, so eine Überraschung nicht erleben zu müssen. Die Politik ist gefordert, mit den Märkten klar zu kommunizieren und unmissverständlich darzustellen, dass es im Fall Griechenland keinen Staatsbankrott geben wird. Es werden in ausreichendem Maße Mittel zur Verfügung gestellt. Griechenland nimmt die richtigen und nötigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen vor. Und im Zusammenwirken dieser Kräfte sollten Investoren, die sich gegen Griechenland stellen, Verluste einfahren. Dies muss den Märkten klar sein; dann werden die negativen Spekulanten auch vor anderen Ländern der Eurozone zurückschrecken.

D. W. HEUMANN

Eine Vollversion des Interviews steht im Internet: www.vdi-nachrichten.com/euroheise